

Verfassungsrechtlich erzeugte Ursachen von Wut, Hass und Gewalt

Zitate

*We must make our choice.
We may have democracy,
or we may have wealth
concentrated in the hands of a few,
but we can't have both.*

Louis Brandeis

*Jede Stadt, wie klein sie auch sein mag, ist in der Tat in zwei geteilt,
die eine ist die Stadt der Armen, die andere die der Reichen;
diese liegen miteinander im Krieg.*

Platon

Inhaltsverzeichnis

Prolog	4
1.Kapitel: Wahlrecht	5
2.Kapitel: Vermögensverteilung	10
a) Deutsche Verfassungen	10
b) USA	13
c) Parlamentarischer Rat	15
3.Kapitel: Wut, Hass, Gewalt	17
a) Leichtgläubige und Zyniker	17
b) Vom Wort zur Tat	18
4.Kapitel: Zurück zur Normalität ?	20
a)Das Zeitalter der Katastrophen	20
b) Die unterlassene Entnazifizierung	21
c) Die verpasste dritte Chance	22
Endnoten	24

Prolog

Die AfD gewinnt in den Wahlen 2017 über fünf Millionen Stimmen. In 2022 beunruhigen sogenannte Spaziergänge gegen die Impfpflicht. Ca. 180.000 Personen werden deutschlandweit über WhatsApp, Telegram oder facebook organisiert.

Weltumspannende Netzwerke von Amazon, Google, Apple, Microsoft, facebook, WhatsApp sind als Daseinsvorsorge für viele Menschen systemrelevant. Sie vereinfachen für Jüngere den gedanklichen Austausch. Wichtig sind sie auch für Ältere, die stärker ans Haus gebunden sind und sich mit Nachbarn zu Hilfgemeinschaften zusammenschließen. Auch KI zählt inzwischen zur Daseinsvorsorge - alle diese digitalen Kommunikationstechniken arbeiten ohne öffentlich-rechtliche Struktur. Atombomben werden privat im militärisch-industriellen Komplex entwickelt. Private Raketen werden ins All geschossen usw. usw.

Die Verfassungen Europas und der USA garantieren unbegrenztes privates Eigentum. Klimakrise und Armutskrise reichen sich weltweit die Hand. Die Struktur der Öffentlichkeit wird dünner. Sind unsere Verfassungstexte etwa selbst die Ursache für wachsende Wut, den Hass und die darunter latent lauernernde Gegengewalt gegen die herrschenden Umstände?

1. Kapitel: Wahlrecht

Der erste Grund für die Entwicklung von Wut, Hass und Gewalt ist das Verhältnis von Sklave und Sklavenhalter, Herrscher und Untertan, Herr und Knecht: Das in den Verfassungen verweigerte Wahlrecht. Im 18. Jahrhundert verinnerlichte Friedrich Schiller die Freiheit. „Der Mensch ist frei geschaffen, ist frei, und würd er in Ketten geboren.“ Er hatte keine Wahl, denn der Besitzlose war nicht frei. 100 Jahre später, im 19. Jahrhundert nahm die Freiheitsbewegung Fahrt auf mit der Verfassungsdebatte 1847/1848. Damals kam es im Großherzogtum Baden zum Zusammenschluss der „Entschiedenen Freunde der Verfassung“¹. Die Delegierten kamen aus dem Bürgertum² und legten einen Verfassungsentwurf vor, der sich an den badischen Großherzog richtete.³

Die Forderungen des Volkes.

Unsere Versammlung von entschiedenen Freunden der Verfassung hat stattgefunden. Niemand kann derselben beigewohnt haben, ohne auf das Tiefste ergriffen und angeregt worden zu sein. Es war ein Fest männlicher Entschlossenheit, eine Versammlung, welche zu Resultaten führen muß. Jedes Wort, was gesprochen wurde, enthält den Vorschlag und die Aufforderung zu thatkräftigem Handeln. Wir nennen keine Namen und keine Zahlen. Diese thun wenig zur Sache. Genug, die Versammlung, welche den weiten Festsaal füllte, eignete sich einstimmig die in folgenden Worten zusammengefaßten Besprechungen des Tages an:

Die Forderungen des Volkes in Baden:

I. Wiederherstellung unserer verletzten Verfassung.

Art. 1. Wir verlangen, daß sich unsere Staatsregierung lossage von den Karlsbader Beschlüssen vom Jahr 1819, von den Frankfurter Beschlüssen von 1831 und 1832 und von den Wiener Beschlüssen von 1834. Diese Beschlüsse verletzen gleichmäßig unsere unveräußerlichen Menschenrechte wie die deutsche Bundesakte und unsere Landesverfassung.

Art. 2. Wir verlangen Pressefreiheit; das unveräußerliche Recht des menschlichen Geistes, seine Gedanken unverkümmelt mitzuthellen, darf uns nicht länger vorenthalten werden.

Art. 3. Wir verlangen Gewissens- und Lehrfreiheit. Die Beziehungen des Menschen zu seinem Gotte gehören seinem innersten Wesen an, und keine äußere Gewalt darf sich anmaßen, sie nach ihrem Gutdünken zu bestimmen. Jedes Glaubensbekenntniß hat daher Anspruch auf gleiche Berechtigung im Staate.

Keine Gewalt dränge sich mehr zwischen Lehrer und Lernende. Den Unterricht scheidet keine Confession.

Art. 4. Wir verlangen Verteidigung des Militärs auf die Verfassung. Der Bürger, welchem der Staat die Waffen in die Hand gibt, bekräftigt gleich den übrigen Bürgern durch einen Eid seine Verfassungstreue.

Art. 5. Wir verlangen persönliche Freiheit. Die Polizei höre auf, den Bürger zu bevormunden und zu quälen. Das Vereinskrecht, ein frisches Gemeindeleben, das Recht des Volkes sich zu versammeln und zu reden, das Recht des Einzelnen sich zu ernähren, sich zu bewegen und auf dem Boden des deutschen Vaterlandes frei zu verkehren — seien hinfort ungestört.

II. Entwicklung unserer Verfassung.

Art. 6. Wir verlangen Vertretung des Volkes beim deutschen Bunde. Dem Deutschen werde ein Vaterland und eine Stimme in dessen Angelegenheiten. Gerechtigkeit und Freiheit im Innern, eine feste Stellung dem Auslande gegenüber gebühren uns als Nation.

Art. 7. Wir verlangen eine volksthümliche Wehrevfassung. Der waffengeübte und bewaffnete Bürger kann allein den Staat schützen.

Man gebe dem Volke Waffen und nehme von ihm die unerschwingliche Last, welche die stehenden Heere ihm auferlegen.

Art. 8. Wir verlangen eine gerechte Besteuerung. Jeder trage zu den Lasten des Staates nach Kräften bei. An die Stelle der bisherigen Besteuerung trete eine progressive Einkommensteuer.

Art. 9. Wir verlangen, daß die Bildung durch Unterricht allen gleich zugänglich werde. Die Mittel dazu hat die Gesamtheit in gerechter Vertheilung aufzubringen.

Art. 10. Wir verlangen Ausgleichung des Mißverhältnisses zwischen Arbeit und Capital. Die Gesellschaft ist schuldig die Arbeit zu heben und zu schützen.

Art. 11. Wir verlangen Gesetze, welche freier Bürger würdig sind und deren Anwendung durch Geschworenengerichte.

Der Bürger werde von dem Bürger gerichtet. Die Gerechtkeitspflege sei Sache des Volkes.

Art. 12. Wir verlangen eine volksthümliche Staatsverwaltung. Das frische Leben eines Volkes bedarf freier Organe. Nicht aus der Schreibstube lassen sich seine Kräfte regeln und bestimmen. An die Stelle der Vielregierung der Beamten trete die Selbstregierung des Volkes.

Art. 13. Wir verlangen Abschaffung aller Vorrechte. Jedem sei die Achtung freier Mitbürger einziger Vorzug und Lohn.

Offenburg, 12. September 1847.

Die Forderungen nach Verbriefung einer bürgerlichen Verfassung wurden ausgelöst durch die reaktionäre Politik der Fürsten nach dem Sieg über Napoleon in der Völkerschlacht bei Leipzig (Oktober 1813). Die Sieger, Russland, Preußen, Großbritannien und Österreich marschierten in Paris ein, zwangen Napoleon zur Abdankung und restaurierten die Königsherrschaft.

Versammlungsdemokratie in Offenburg 1847-1849

Partizipieren – Inszenieren – Kommunizieren – Organisieren – Mobilisieren

	1. Offenburger Versammlung	2. Offenburger Versammlung	3. Offenburger Versammlung
WANN?	<ul style="list-style-type: none"> Sonntag, 12. September 1847, um 13.00 Uhr. 	<ul style="list-style-type: none"> Sonntag, 19. März 1848, um 10.00 Uhr. 	<ul style="list-style-type: none"> Samstag, 12. Mai 1849, um 15.00 Uhr (Landeskongress der badischen Volksvereine). Sonntag, 13. Mai 1849 um 14.00 Uhr (Landesvolksversammlung).
WO?	<ul style="list-style-type: none"> Festsaal im Gasthaus Salmen. 	<ul style="list-style-type: none"> Rathaus & Rathausplatz in Offenburg. 	<ul style="list-style-type: none"> Rathausplatz in Offenburg.
WER?	<ul style="list-style-type: none"> Organisator: Gustav Struve (Journalist und linker Politiker). Teilnehmer: 200 geladene Gäste der („entschiedenen“) badischen Liberalen, d.h. ein Teil der „politischen Elite“ der politischen Opposition in Baden. Zuhörer: weitere 700 Personen aus dem „gemeinen Volk“: alle „Klassen, Handwerksgelesen, Fuhrleute, Bauernknechte“ und „sogar auch Weibsleute, sowohl vom gebildeten als ungebildeten Stand“. Politische Prominenz: Gustav Struve, Friedrich Hecker, Gustav Ree. 	<ul style="list-style-type: none"> Organisatoren: Abgeordnete in der 2. Kammer des Landtages (Hecker, v. Itzstein, Welcker) und Journalisten (Struve, Fickler). Ihrer politischen Richtung nach sind sie entweder (radikale) Demokraten oder gemäßigte Liberale („badische Fortschrittliche“). Eingeladen sind alle wahlberechtigten badischen Staatsbürger. Teilnehmer: ca. 20.000 (bei einer Einwohnerzahl Offenburgs von 4.000) Politische Prominenz: Adam von Itzstein, Gustav Struve, Alexander von Soiron, Christian Kapp, Friedrich Hecker, Gustav Ree. 	<ul style="list-style-type: none"> Organisator: Amand Goegg und die Führung des Landesausschusses der Volksvereine in Baden. Eingeladen sind die Vertreter der badischen Volksvereine sowie alle „entschiedenen Demokraten“ Badens. Teilnehmer: ca. 35. – 40.000 Politische Prominenz: Gustav Ree, Amand Goegg.

LBS: Demokratiebewegung 1848/49

Offenburger Versammlungen

Bultmann

WIE?	<ul style="list-style-type: none"> Zur Versammlung wird über Zeitungsanzeigen eingeladen. Ein Zeitungsnetzwerk politischer Journalisten macht Stimmung zugunsten der Veranstalter: Fickler (Konstanzer Seeblätter), Grohe (Mannheimer Abendzeitung), Struve (Deutscher Zuschauer). 	<ul style="list-style-type: none"> Einladung erfolgt über Zeitungen und Maueranschläge. Die Stadt Offenburg setzt einen Ausschuss zur Organisation ein. Öffentlichkeitswirksame Unterstützung durch aktives Zeitungsnetzwerk. Flugblatt-Kampagne für die Republik. 	<ul style="list-style-type: none"> Einladung erfolgt über Zeitungen und Maueranschläge. Stadt Offenburg richtet einen Organisationsausschuss ein. Mediengestützte Einstimmung über Zeitungsartikel.
WAS?	<ul style="list-style-type: none"> Treffen der „Entschiedenen Freunde der Verfassung“. Thema: Wiederherstellung der verletzten badischen Verfassung. Verabschiedung der 13 Offenburger Forderungen (Offenburger Programm). [Bezeichnet als „Magna Charta der Freiheit“ (Hecker) - „Erstes demokratisches und soziales Programm Deutschlands“ (Vollmer) - „Reformprogramm der badischen Opposition und vorweggenommenes Manifest der Revolution“ (Nolte) - „Ein Beginn deutscher Demokratietradition“ (Limbach)] Medienwirksame Inszenierung durch Veranstalter. 	<ul style="list-style-type: none"> Gründung einer parteiähnlichen Organisation der badischen Demokraten im Offenburger Rathaus. Umfassende Landesvolksversammlung wird abgehalten. Thema: Ausrufung der Republik oder konstitutionelle Monarchie? Streitfrage: Revolution oder Reform der badischen Verfassung im Konsens mit der Regierung? Bekräftigung und Ergänzung des Offenburger Programms von 1847. Überraschender Verzicht auf die Ausrufung der Republik. 	<ul style="list-style-type: none"> Umfassende Volksversammlung wird abgehalten. Ziel: nicht nur Unterstützung der Reichsverfassungskampagne, sondern weitergehende Ausrufung der Republik in Baden. Streitfrage: Direkte Ausrufung der Republik oder Entsendung einer Delegation nach Karlsruhe mit der Forderung nach Regierungsumbildung. Ultimatum an die Regierung Bekk in Karlsruhe und Verkündung der Offenburger Beschlüsse Folge: Ausweitung der Demokratiebewegung zu einer friedlichen Revolution in Baden.
Wozu?	<p>Kommunikationszentrum</p> <ul style="list-style-type: none"> Stimmungsbarometer: Stimmung machen und Meinung bilden Protestventil: Forderungen artikulieren 	<p>Partizipationsraum</p> <ul style="list-style-type: none"> Aktionen organisieren Unterstützung mobilisieren 	<p>Darstellungsbühne</p> <ul style="list-style-type: none"> Politik medienwirksam inszenieren Politik symbolisch aufladen

Die revolutionäre Forderung der Offenburger, das totalitäre fürstliche Regierungssystem zu reformieren, radikalisierte sich im Kommunistischen Bund⁴. Die Kommunisten hielten gleichzeitig mit den Badenern 1847 in London eine Versammlung ab. Sie beschlossen auf Vorlage von Karl Marx und Friedrich Engels das „Kommunistische Manifest“⁵. Die Londoner Versammlung forderte die „Diktatur des Proletariats“.

Die unterschiedlichen Beschlüsse der Offenburger und der Londoner Versammlung hatten tiefgreifende Folgen. Denn während die Offenburger eine bürgerliche Verfassung vorschlugen, wandten sich die Londoner gegen Adel und Bürgertum zugleich und verlangten eine Verfassung ausschließlich für die vierte Klasse, den besitzlosen werktätigen Teil der Gesellschaft, von und für die „Arbeiterklasse“⁶. Hintergrund dieser heute radikal erscheinenden Forderung war jedoch nichts anderes als die Erkenntnis des Klassenverhältnisses - der herrschenden Diktatur von Bürgertum und Adel. Es war das Gegenmodell. Diktatur des Proletariats contra Diktatur der Bourgeoisie.⁷ Der Badische Verfassungsentwurf enthielt übrigens weder Bereicherungsverbote noch Kapitalverteilungsgebote.

Die scharfe Trennung der beiden Verfassungsentwürfe und ihrer Protagonisten zog sich hin über die Reichsverfassung von 1871 bis in die Weimarer Verfassung (WV) 1919. Auch in der Weimarer verfassungsgebenden Versammlung standen sich die Lager noch unversöhnlich gegenüber. Rosa Luxemburg lehnte 1918 für den Spartakusbund und die spätere KPD diese Versammlung ab, weil sie Vertreter:innen des Bürgertums zuließ und sich nicht auf Vertreter der revolutionären Arbeiterräte beschränkte: die KPD wollte nach der Revolution vom 9. November 1918 die Diktatur des Proletariats⁸:

**Nr. 35. Erklärung des Spartakusbundes, abgegeben von Rosa Luxemburg,
gegen die Wahl einer Nationalversammlung**
am 20. November 1918

(Die Rote Fahne vom 20. November 1918 Nr. 5)

- Auszug -

[...] Die Nationalversammlung ist ein überlebtes Erbstück bürgerlicher Revolutionen, eine Hülse ohne Inhalt, ein Requisit aus den Zeiten kleinbürgerlicher Illusionen vom „einigen Volk“, von der „Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit“ des bürgerlichen Staates.

Wer heute zur Nationalversammlung greift, schraubt die Revolution bewußt oder unbewußt auf das historische Stadium bürgerlicher Revolutionen zurück; er ist ein verkappter Agent der Bourgeoisie oder ein unbewußter Ideologe des Kleinbürgertums.

Unter dem Feldgeschrei: Demokratie oder Diktatur! wird der Kampf um die Nationalversammlung geführt. Auch diese Parole der gegenrevolutionären Demagogie übernehmen gehorsam sozialistische Führer, ohne zu merken, daß die Alternative eine demagogische Fälschung ist.

Nicht darum handelt es sich heute, ob Demokratie oder Diktatur. Die von der Geschichte auf die Tagesordnung gestellte Frage lautet: bürgerliche Demokratie oder sozialistische Demokratie. Denn die Diktatur des Proletariats, das ist die Demokratie im sozialistischen Sinne. Diktatur des Proletariats, das sind nicht Bomben, Putsche, Krawalle, „Anarchie“, wie die Agenten des kapitalistischen Profits zielbewußt fälschen, sondern das ist der Gebrauch aller politischen Machtmittel zur Verwirklichung des Sozialismus, zur Expropriation der Kapitalistenklasse – im Sinne und durch den Willen der revolutionären Mehrheit des Proletariats, also im Geiste sozialistischer Demokratie.

Ohne den bewußten Willen und die bewußte Tat der Mehrheit des Proletariats kein Sozialismus. Um dieses Bewußtsein zu schärfen, diesen Willen zu stählen, diese Tat zu organisieren, ist ein Klassenorgan nötig: das Reichsparlament der Proletarier in Stadt und Land.

Die Einberufung einer solchen Arbeitervertretung an Stelle der traditionellen Nationalversammlung der bürgerlichen Revolution ist an sich schon ein Akt des Klassenkampfes, ein Bruch mit der geschichtlichen Vergangenheit der bürgerlichen Gesellschaft, ein mächtiges Mittel zur Aufrüttelung der proletarischen Volksmassen, eine erste offene schroffe Kriegserklärung an den Kapitalismus.

Keine Ausflüchte, keine Zweideutigkeiten – die Würfel müssen fallen. Der parlamentarische Kretinismus war gestern eine Schwäche, ist heute eine Zweideutigkeit, wird morgen ein Verrat am Sozialismus sein.

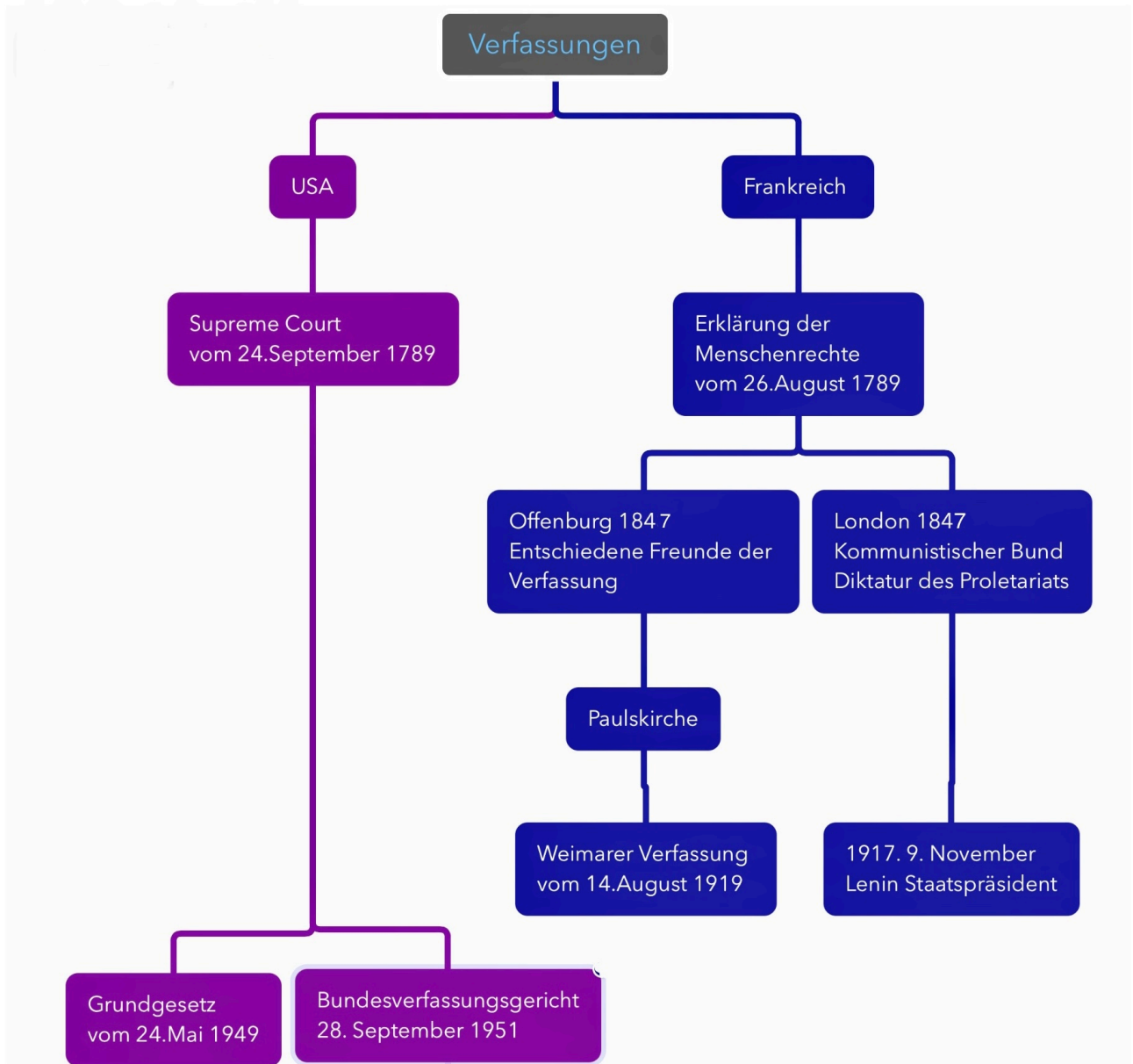
Zur Erinnerung: Die bis 1919 im Deutschen Reich herrschende Diktatur der Bourgeoisie spiegelt sich in den 26 Bundesländern wieder, etwa in der Lübecker Republik. Beispiel: In der Bürgerschaftswahl 1913 gewann die SPD zwar mit 4499 Stimmen die Mehrheit der abgegebenen Stimmen, erhielt aber aufgrund des bis 1919 geltenden Zweiklassen-Wahlrechts in dem Landtag (Bürgerschaft) dafür nur vier Mandate. Hingegen entfielen auf die Besitzenden 33 Mandate für nur 3451 Stimmen. Das Verhältnis der Gewichtung der Stimme eines Besitzenden zu dem eines Werktätigen war also 10:1: Die politische Diktatur der Bourgeoisie.

Nach dem Inkrafttreten der WV galt zwar das allgemeine Wahlrecht (Männer und Frauen ohne Rücksicht auf die Besitzverhältnisse). Die tatsächlichen Machtverhältnisse in Weimar blieben aber ungeklärt. Das Kapital ist nicht angetastet worden. Gleiches gilt am Ende für die Frage von Diktatur oder Republik. Denn die WV kannte kein Verfassungsgericht als Hüter der Verfassung. Der nach dem Mord an Rathenau beschlossene Staatsgerichtshof beim Reichsgericht in Leipzig (1922-1933) wiederum sicherte nicht die verfassungsmäßige Grundordnung der WV. Er war mit dem nach dem verlorenen Zweiten Weltkrieg im September 1951 geschaffenen Bundesverfassungsgericht (BVerfG) nicht zu vergleichen.

Seine Zuständigkeit war auf bestimmte politische Straftaten und politische Teilhaberechte (Partei-, Vereins- und Versammlungsverbote, Redeverbote) beschränkt. Er konnte bei föderativen Verfassungsstreitigkeiten angerufen werden (Preußenschlag 1932). Der direkt gewählte Reichspräsident galt demgegenüber wegen seiner tiefgreifenden Befugnisse nach Art.48 WV zum Erlass einer Ausnahmeverordnung, der Außerkraftsetzung der Grundrechte und seinem Letztentscheidungsrecht (Parlamentsauflösung, Oberbefehl, Reichsexekution) als eigentlicher Hüter der Verfassung⁹.

Das Ringen um die Macht im Staat, etwa mit dem Ziel eines vom Reichspräsidenten eingesetzten Diktators, war möglich und blieb legal. Die Verfassung jedenfalls erlaubte die dahin zielenden, sich brutal radikalisierenden Kämpfe seitens der Parteien und ihrer jeweiligen Kampfverbände. Man musste, um das Ziel der Diktatur zu erreichen, nur den verfassungsgemäßen legalen Weg zur Machtübertragung vortäuschen. So vermied man ein Partei- oder Auftrittsverbot nach dem Republikenschutzgesetz. Für diesen Weg entschied sich nach 1925 Adolf Hitler gegen den Widerstand einiger seiner Anhänger¹⁰ mit allen gesellschaftlichen Konsequenzen. Dieser Weg, einer von Verfassungs wegen legalen Diktatur wurde erstmals in Deutschland mit der Gründung des BVerfG's im September 1951 ausgeschlossen.

Das unten stehende Bild verdeutlicht die Herkunft der beiden in Deutschland zur Anwendung gekommenen Modelle der Verfassung.



2.Kapitel: Vermögensverteilung

Der zweite Grund (nach der Verweigerung des Wahlrechts¹¹) für die Entwicklung von Wut und Hass war und ist das in den Verfassungstexten fehlende Verbot ungerechter Vermögensverteilung¹² oder das dort fehlende textierte Gebot gerechter Verteilung des Volksvermögens. Die Verfassungen beruhen - bei näherer Betrachtung - immer auf einer Regelung des Verhältnisses von Kapital und Arbeit.¹³ Dem Kapital war und ist es dabei zwar wurscht, ob Republik oder Diktatur, wenn nur das Vermögen sich ungestört vermehren kann. Die Vermögensverteilung war und ist indes nicht nur das Topthema des Kapitals, sondern auch das Topthema der Armen („Reicher Mann und armer Mann standen da und sah’n sich an, und der Arme sagte bleich: ‚Wär ich nicht arm wärst du nicht reich.‘“ Bert Brecht (1934)). Nicht zu rechtfertigende Armut erzeugt Wut, Hass und Gewalt.

a) Deutsche Verfassungen

Keine der drei deutschen Verfassungen von 1871 bis 1949 hat diese entscheidende Verfassungsfrage (Vermögensverteilung) entschieden. Nichts. Die Gründer:innen ließen die Finger davon. Oder sie taten so als ob. Das gesellschaftspolitisch und moralisch geltende Verbot unverhältnismäßiger Vermögensspreizung fehlt. Der Hinweis, eine gesetzliche Regelung könne auf der Grundlage des grundgesetzlichen Sozialstaatsgebots später erfolgen, wenn erforderlich, oder auf die verfassungsrechtlich eingeräumte Möglichkeit zur entschädigungspflichtigen Enteignung (Art.15 GG) oder zu gesetzlichen Ausgestaltungen steuerlicher Abschöpfung ist demgegenüber Bullshit. Wie derartige spätere Versuche beweisen, etwa das erfolgreiche Berliner Volksbegehren zur Enteignung großer Wohnungskonzerne von 2021, wird niemand - wegen des verfassungsgerichtlichen Risikos oder der Entschädigungspflicht nach Verkehrswert - das Gesetz einbringen. Ein stumpfes Schwert. Drohkulisse o.K., Enteignung nein. Alles andere ist bloß verdeckendes Geschwafel der Regierenden.

Die revolutionären Zeitpunkte für eine generelle Veränderung unhaltbarer Eigentumsverhältnisse in unserem Land sind verstrichen.

- Die von der KPD nach der Revolution vom 9.November 1918 initiierte Volksabstimmung zur entschädigungslosen Enteignung des 1918 beschlagnahmten Besitzes der regierenden Fürsten von Januar 1926, der sich die SPD anschloss, hatte keinen Erfolg. Sie scheiterte am 20. Juni 1926, weil das vorgeschriebene Quorum von 50% der Wähler:innen nicht erreicht worden ist.
- Die Währungsreform, 22 Jahre später, am 20. Juni 1948, wäre eine weitere Möglichkeit gewesen, die Schieflage zu beseitigen, was auch dem Willen der Alliierten entsprochen hätte. Eine Reform scheiterte jedoch an der damaligen CDU/CSU Regierung.
- Günther Moewes, kennzeichnet die heutige verfassungsbedrohende Lage treffend wie folgt:¹⁴

„Das derzeit größte deutsche Vermögen beträgt etwa 37 Milliarden Euro, das Durchschnittsvermögen 232000 Euro. Im gleichen Maßstab dargestellt, wäre das erste 3,7 Kilometer hoch. Das zweite lediglich 2,3 Zentimeter auch das wäre noch untertrieben, denn das Durchschnittsvermögen fällt durch die darin enthaltenen Milliardenvermögen viel zu hoch aus. Realistischer ist das Vermögen, das auf einer Reihe aller Vermögen genau in der Mitte liegt, das Medianvermögen: Es beträgt derzeit 38.800 € oder 3,9 mm. 3,7 km gegen 3,9 mm! Woher kommt diese monströse Ungleichverteilung?

Einer der vielen Gründe: 1949 hat die CDU Regierung bei der Währungsreform die Milliarden besagt Vermögen von Krupp, Thyssen, Oetker und anderen gegen den Willen der Alliierten 1:1 aus der Nazizeit übernommen, die Bevölkerung aber mit 40 DM pro Kopf abgespeist. So hat man die gewaltige Umverteilungsautomatik des Kapitals von unten nach oben wieder in Gang gesetzt.

Jeder funktionierende Start müsste dieser Umverteilung mit einer angemessenen Rückverteilung von oben nach unten entgegenwirken. Unsere Regierung tut jedoch gezielt das Gegenteil: sie stellt ausgerechnet das notwendige Umkehrung dieser gigantischen Umverteilung als angeblich Starts gefährdende Umverteilung da. Wie bei der Perversion des Reformbegriffs bedient sie sich des ewig-alten Mittels der Sprachtäuschung. Darüber hinaus lehnt sie eine Vermögenssteuer ab, weil ihre Erhebung bei den Reichen angeblich viel zu aufwendig sei.

Gerechtigkeit zu aufwendig? Frankreichs tapsiger Ex-Präsident François Hollande wollte dieses Problem umgehen. Statt die Vermögen zu besteuern, schlug er kurzerhand vor, eine Steuer auf hohe Einkommen zu erheben. Warum das unsinnig ist? Weil der Einfluss der Einkommen auf die Ungleichverteilung weit kleiner ist als der Einfluss der Vermögen: Dieter Zetsche, Ex-Daimler-Chef und der Mann mit dem bis vor kurzem höchsten deutschen Gehalt von etwa 5 Millionen Euro netto pro Jahr, hätte ohne Abzug für seine Lebenshaltungskosten mindestens 7.400 Jahre gebraucht um das größte Vermögen von 37 Milliarden zu erreichen.

Und die Rolle der Normalökonomie bei dieser Ungleichverteilung? Sie geht ihrer Lieblingsbeschäftigung nach und liefert den Reichen die Ausreden.“

Das Thema gerechter Vermögensverteilung ist nach alledem zwar so alt wie die Geschichte von Verfassungen. Weil ein Verbot der Vermögenskonzentration nicht textiert ist, wird daraus eine verfassungsrechtliche Garantie auf unbegrenzte Vermögensbildung in einer Hand. Der Tanz ums goldene Kalb. Das Akzeptieren oder auch nur das Dulden solch radikalen Kapitalismus unter Hinweis auf den Verfassungstext bleibt der Stachel im Fleisch. Die damit verbundene Versteinerung des Hautwiderspruchs von Kapital und Arbeit der am weitesten verbreitete Auslöser von Wut, Hass und Gewalt. Dazu passt das wilde Im-Nebel-Herumfuchteln als das am weitesten verbreitete So-tun-als-Ob der führenden Politiker:innen.

Die französische Erklärung der Menschenrechte vom 26. August 1789 stellte deshalb als ihr wichtigstes Gebot vorneweg

Art 1: „Die Menschen sind und bleiben von Geburt an frei und gleich an Rechten. Soziale Unterschiede dürfen nur im allgemeinen Nutzen begründet sein.“¹⁵

Dieser an den Anfang der Erklärung der Bürger- und Menschenrechte gestellte, damals revolutionäre Grundsatz, nimmt 204 Jahre später der Rechtsphilosoph John Rawls in seine Abhandlung „Eine Theorie der Gerechtigkeit“ (1992, S.261) folgendermaßen auf:

Soziale und politische Ungerechtigkeiten müssen zwei Bedingungen erfüllen: **erstens** müssen sie mit Ämtern und Positionen verbunden sein, die allen unter Bedingungen fairer Chancengleichheit offen stehen, und **zweitens** müssen sie zum größten Vorteil der am wenigsten begünstigten Mitglieder der Gesellschaft sein.¹⁶

Solcherart starke moralische Appelle sind indes bei führenden bürgerlichen Politiker:innen in den Wind geschrieben. Sie wagen es heute nicht einmal, diese Ursache unendlichen menschlichen Leids ernsthaft anzusprechen: die alltägliche Macht des Netzwerkes der Milliardär:innen.

Selbst wenn bekannt ist, dass 10% des Volkes heute 65% des Vermögens und 90% lediglich 35% davon besitzen,¹⁷ nehmen die Regierungen der „Volksparteien“ sehenden Auges fortwährend die Folgen dieser Art öffentlicher Armut und privaten Reichtums in Kauf: Ihnen ist es recht oder sie nehmen in Kauf, dass der

Spaltung der Gesellschaft als Ursache von Hass und Gewalt



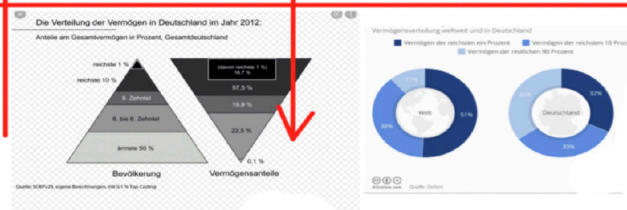
Vierklassen-Wahlrecht im Freistaat Lübeck bis zur Novemberwahl 1919:
In den städtischen Bezirken hatten die Bürger mit einem Einkommen von mehr als 2000 DM jährlich 90 Vertreter in die Bürgerschaft zu entsenden, während auf die große Zahl der übrigen Bürger ganze zwölf Sitze entfielen. Auf dem Landgebiet standen den Besitzenden zwölf Vertreter, den minderbemittelten Bürgern 3 Sitze zu.

Reichstagswahlrecht: Gleiches Männerwahlrecht

Gespaltene Gesellschaft

Weimarer Verfassung

Grundgesetz



gesamtgesellschaftlich erwirtschaftete Reichtum eines Volkes zu annähernd $\frac{2}{3}$ den obersten 10% in die Hände fließt. Wie wir sehen, hat sich das Verhältnis von arm und reich seit dem Kaiserreich denn auch nicht geändert.

Dass diese Schieflage in der Akkumulation die Ungleichbehandlung von 90% der Bevölkerung verschärft, weiß jederman/frau. Vermögen verschafft - wie ebenfalls allgemein bekannt - denjenigen, die darüber verfügen, politischen Einfluss und politische und persönliche Freiheit. Kleines Vermögen kleine Macht, großes Vermögen große Macht.

Ob damit private Museen eingerichtet, Kriege finanziert, Regierungen organisiert oder Weltraumraketen verschossen, weltumspannende Einrichtungen der Daseinsvorsorge gewinnbringend errichtet oder digitale Infrastrukturen aufgezogen werden - alles ohne öffentliche Kontrolle. Am nächsten Tag mag dann das so privat Geschaffene in Konkurs gehen und den 90% auf die Füße fallen. Konkurs ist bekanntlich ein systemgerechter Vorgang bei fehlerhafter privater Entscheidung. Eine notwendige Bereinigung der freien Kräfte des Marktes.

Im Koalitionsvertrag 2021 des Kabinetts Scholz jedenfalls mit dem Titel „Mehr Fortschritt wagen“¹⁸ fehlt das Thema Vermögensverteilung völlig. Ein Traum wird wahr. Mehr Fortschritt wagen, angeführt von der Internationalen des Kapitals. Kapitalisten aller Länder vereinigt euch!

b) USA

Nur die Verfassung der seit dem Ersten Weltkrieg führenden Weltmacht, das Imperiums des Westens, die USA, schert sich ganz offiziell in ihrer Verfassung einen Teufel um die Vermögensspreizung. Sie ist vielmehr von Verfassungen wegen der Hort der Internationalen des Kapitalismus. Dieses Ergebnis lehrt ein Blick in die Entstehungsgeschichte von 1789. Von der Klasse der Besitzbürger zum Schutz von Besitzbürgern geschaffen,¹⁹ steht diese Verfassung konsequent auf der Seite des Kapitals, d.h. der Reichen und Superreichen. „Die Verfassung war das Ergebnis der organisierten Bewegung einer Klasse, die mittels rechtlicher und verfassungstechnischer Garantien einer demokratischen Gesetzgebung entgegen zu wirken versucht,“ schreibt 1907 J. Allen Smith.²⁰

Die der Verfassung der USA zugrundeliegende politische Philosophie ist auch heute noch eindeutig. Madisons Auffassung in den Federalist Papers, als einer der führenden Autoren und Väter der Verfassungsverammlung in Philadelphia,²¹ gibt Charles A. Beard in seiner lesenswerten Analyse in folgender Zusammenfassung wieder:

„Die wichtigste Aufgabe der Regierung“ ist der Schutz der „Verschiedenheit der Fähigkeit der Menschen, aus der die Eigentumsrechte entspringen. Diese verschiedenen einander widersprechenden Interessen miteinander in Einklang zu bringen, ist die Hauptaufgabe der modernen Gesetzgebung. Parteigeist und Spaltung in Interessengruppen haben also ihren Platz im normalen Ablauf der Regierungstätigkeit...“

Welches sind die Hauptursachen dieser einander widersprechenden politischen Kräfte, mit denen sich die Regierung zu befassen hat? Madison meint, natürlich seien wunderliche und sinnlose

Unterschiede zuweilen die Ursache heftiger Konflikte gewesen. „Aber die Hauptquelle aller Spaltungen stellt stets die ungleiche Verteilung des Eigentums dar. Die Besitzer und die Besitzlosen haben seit jeher zwei verschiedene Interessengruppen gebildet. Zwischen Gläubigern und Schuldnern besteht der gleiche Unterschied. Die Grundbesitzer, die Fabrikanten, die Kaufleute, die Finanzwelt und andere kleinere Kreise bilden in einer zivilisierten Nation notwendigerweise verschiedene Interessengruppen und spalten die Nation in verschiedene Klassen mit verschiedenen Gefühlen und Meinungen....

Die Ursachen der Spaltung in Interessengruppen können nicht beseitigt werden, und wir wissen nur zu gut dass weder moralische noch religiöse Erwägungen einen ausreichenden Damm bilden...Die ungleiche Verteilung des Eigentums ist unvermeidlich, und daraus erwachsen widerstreitende Parteien im Staat. Die Regierung wird sie spiegeln, da sie ihre besonderen Grundsätze und Gefühle haben werden.

Aber die allergrößte Gefahr wird dadurch entstehen, dass sich bestimmte Interessen in einer überwältigenden Mehrheit zusammen finden als welche Madison an einer anderen Stelle das landlose Proletariat aufkommen sah. Diese überwältigende Mehrheit wird ihre „Rechte“ zum obersten Gesetz erheben und die „Rechte“ der Minderheit opfern. Wie das Wohl der Allgemeinheit, so erklärt er, und die privaten Rechte gegen diese Gefahr gesichert und gleichzeitig Geist und Form der Volksregierung aufrecht erhalten werden können, das bildet den Gegenstand unserer Untersuchung“

Wie ist das erreichbar? Da sich der Widerstreit der Klassen nicht beseitigen lässt und deren Interessen sich notwendigerweise in der Politik widerspiegeln, liegt der einzige Ausweg darin, es für genügend viele widerstreitende Interessengruppen zu erschweren, eine gemeinsame Majorität zu bilden, und dann eine gegen die andere auszuspielen. Den dazu notwendigen Apparat bietet die neue Verfassung und die Union. a) Die öffentliche Meinung muss geläutert und erweitert werden, in dem sie den Filter einer ausgewählten Gruppe von Staatsbürgern passiert. b) Die Größe der Union wird es möglich machen, mehr Interessen aufzunehmen, so dass die Gefahr einer übermäßigen Mehrheit nicht so groß ist... in der Ausdehnung und im richtigen Aufbau der Union besitzen wir also ein republikanisches Hilfsmittel gegen die Krankheiten, die eine republikanische Regierung am häufigsten bedrohen“.²²

Dieser klare Klassenstandpunkt wird 221 Jahre später noch durchgehalten und vertieft. Ähnlich übrigens wie das „heilige Recht“ auf den Besitz von Waffen in jedermanns Hand. In der Entscheidung „Citizens United v. Federal Election Commission“²³ vom 21. Januar 2010 komplettiert der Supreme Court folgerichtig den Schutz der besitzenden Klasse gegenüber der Bedrohung durch „das landlose Proletariat“: heute ist das die stark anwachsende Gruppe der Migrant:innen und Farbigen, die im Verdacht stehen, als Wähler:innen die Demokraten zu bevorzugen.

Diese Gruppe wird in den Wahlkämpfen der 2000er Jahre als Bedrohung der konservativen G.O.P. erkannt, einer Gefahr, die nun endgültig vom Kapital, und zwar durch Kapital abgewehrt werden soll - sei es durch Kauf der Meinungsbildung, ihrer Existenzgrundlagen oder der Stimmabgabe. Wie das funktioniert, steht nachzulesen in dem Bestseller von Jane Mayer, *Dark Money*, NY 2016. Mayer beschreibt diesen legalen für eine Demokratie allerdings letalen Gebrauch des „schmutzigen Geldes“ am Beispiel der robusten politischen Netzwerke der Carbonmilliardäre Charles und David Koch.²⁴

Der Supreme Court trug der heutigen Gefährdungslage des Kapitals in den USA Rechnung. Deshalb war die 5:4 Entscheidung vom Januar 2010 ganz im Sinne der Gründerväter: Die Entscheidung bemüht allerdings einen überraschenden juristischen Winkelzug, um die beabsichtigte Wirkung zu erreichen. Sie räumt nicht

nur natürlichen Personen politische Beteiligungsrechte ein, sie erweitert den Schutzbereich vielmehr auf juristische Personen, also z.B. Aktiengesellschaften und Körperschaften wie die Gewerkschaften.

Das hat zunächst zwar nichts mit der konkreten Gefahrenquelle, dem migrantischen und Bevölkerungswachstum der schwarzen Bevölkerung zu tun. Die Entscheidung trifft aber alles, was dem Kapital im Wege steht: Die Milliardäre erhalten zusätzliche Finanzierungsmöglichkeiten zur Bestechung der Kapitalfraktionen in den Parlamenten Washingtons und der 50 Bundesstaaten, die Super PACs.²⁵ Mit deren Hilfe kann nun alles aufgekauft werden, was dem Kapitalinteresse politisch im Wege steht. Das ist die Bazooka. Wumm. Beispiel: In den entscheidenden Januarwochen 2021 sollen auf diese Weise kurzfristig über 500 Mio. \$ in den Wahlkampf im kleinen Georgia (10,6 Mio. Einwohner) geflossen sein, um einen - allerdings entscheidenden - Senatsposten für die G.O.P. zu gewinnen. Die Demokraten waren dort gleichwohl erfolgreich.

Der große amerikanische Traum von dem Aufstieg eines jeden vom Tellerwäscher zum Millionär und Präsidenten ist ausgeträumt. Die USA sind keine Volksdemokratie mehr. Sie haben keine „Volksregierung“ im Sinne Madisons mehr, sondern werden mit diesem wegweisenden Urteil vom 21. Januar 2010 von Verfassungen wegen einer Meritokratie, attraktiv für Vermögende aus aller Herren Länder, die ihr Privatkapital in Sicherheit bringen wollen.²⁶

c) Parlamentarischer Rat

Wie entschieden sich die Verfassungsmütter und Väter²⁷ des Grundgesetzes in der Bonner Parlamentarischen Versammlung 1948/49 gegenüber dieser Verfassungsfrage? Sie wurden alle im kriegstreibenden Kaiserreich sozialisiert. Alle hatten die Nazi-Diktatur erlebt. Sie waren mehr oder weniger beteiligt an der diese vorbereitende Weimarer Epoche. Sie hatten die Verstrickung des deutschen Volkes in den Genozid an Juden, Behinderten, Sinti und Roma erlebt. Alle wußten von der politischen Einflussnahme des Großkapitals auf dem Weg in die Diktatur. All dieses Wissen führte indes nicht zu einem klar textierten grundrechtlichen Verbot grob ungerechter Vermögensverteilung oder einer toxischen Vermögenskonzentration, sei es auch nur im Sinne des erwähnten Art. 1 der Erklärung der Menschenrechte von 1789.

War es die Blindheit vor den Kräften des Kapitals oder ein nach den Erfahrungen von Kaiserreich, Weimar und „Drittem Reich“ geradezu unheimliches, unbegründetes Vertrauen in die Selbstentscheidungs- und Selbsteilungskraft einer „unbestechlichen“ Nachkriegsgesellschaft Westdeutschlands? Oder war es doch eher der SPD/CDU/CSU übergreifende Antikommunismus (nur drei Mitglieder gehörten der KPD an)? Man kann über die Gründe für dieses Unterlassen einer textlichen Befassung nur spekulieren. Vielleicht war ein Grund die ständige Anwesenheit der kontrollierenden Besatzungsmächte, insbesondere der antikommunistischen und radikalkapitalistischen USA²⁸ mit ihren Vertretern Lucius D. Clay und vom 2.9.49 bis 1.8.1952 dem Hochkommissar und von 1947 bis 1949 Präsidenten der von den USA gegründeten Weltbank, John McCloy, mit dem der Präsident des Parlamentarischen Rats, der Antikommunist und Kapitalistenfreund Konrad Adenauer, befreundet war. Die Männer und Frauen, die gerade im Begriff waren, das neue Westdeutschland zu verfassen, wollten sicher das Beste. In ihrer Mehrheitsentscheidung verbeugten sie sich jedenfalls vor dem historisch vergifteten Kapital.

Ein Himmelfahrtskommando, denn die deutsche Gesellschaft, ob West oder Ost war - mit Ausnahme der in den Kriegsverbrecherprozessen zum Tode Verurteilten und Hingerichteten - die gleiche geblieben. Von Eichmann, über Schacht, Krupp, Stinnes usw. usw., alle einflussreichen Nazis in Politik, Verwaltung, Justiz, Kultur, der zweiten Reihe waren entweder noch gegenwärtig, manche noch im Amt oder sie warteten 1948/49 auf die Wiederverwendung im System, wie etwa die Globkes, Würmelings, Kiesingers, Gerstenmeiers, all diese geistigen Urheber oder Unterstützer oder Mitläufer:innen des Völkischen. Es sah damals wohl eher so aus, wie das Klaus Mann in seinen Aufzeichnungen aus dieser Zeit messerscharf festhielt. Er traf 1945 auf seiner Suche nach Nationalsozialisten keinen Mann, der zugegeben hätte, Nazi gewesen zu sein, außer Winifred Wagner, die sich zu ihrem „Onkel Wolf“ bekannte.²⁹ Eine wirkliche Entnazifizierung fand bis heute nicht statt.³⁰

Die Mehrheit der Mütter und Väter der Verfassung Westdeutschlands³¹ hatte jedenfalls weder vom unten stehenden Zitat noch von seinem Sinn und Zweck und der zeitlosen Wahrheit des Spruches des Richters am Supreme Court, *Louis Brandeis (1846-1941)*, Kenntnis, sonst hätten sie vielleicht anders gehandelt. Das Thema wird aber auch von der auf die Zukunft ausgerichteten neuen Koalitionsregierung unter Olaf Scholz 2021 nicht aufgegriffen.³²

Dabei ist die Frage der Vermögensverteilung die Kernfrage jeder Regierung.

We must make our choice.
We may have democracy,
or we may have wealth
concentrated in the hands of a few,
but we can't have both.

3.Kapitel: Wut, Hass, Gewalt

a) Leichtgläubige und Zyniker

Hannah Arendt verwendete das Wort „leichtgläubig“ wiederholt in ihrem 1951 erschienenen Buch „Die Ursprünge des Totalitarismus“, schreibt Rebecca Solnitz in ihrem klugen Beitrag in der NYT vom 5.6.22.“ Und weiter (Hanna Arendt):

"Eine Mischung aus Leichtgläubigkeit und Zynismus ist in allen Rängen totalitärer Bewegungen verbreitet, und je höher der Rang, desto mehr wiegt der Zynismus die Leichtgläubigkeit auf". Das heißt, bei denjenigen, die die Öffentlichkeit täuschen, ist der Zynismus stärker, bei denjenigen, die getäuscht werden, ist es die Leichtgläubigkeit, aber die beiden sind nicht so getrennt, wie es scheinen mag. Die Unterscheidung zwischen glaubhaft und unglaubwürdig, wahr und falsch ist für Menschen, die empörende und widerlegbare Ideen als Eintrittskarte in eine Gemeinschaft oder eine Identität ansehen, nicht relevant. Ohne das Joch der Wahrhaftigkeit um den Hals können sie Überzeugungen wählen, die ihrem Weltbild schmeicheln oder ihre Aggression rechtfertigen. Ich betrachte dieses Abgleiten in die Fiktion manchmal als eine Art Amoklauf des Libertarismus - früher sagten wir: "Du hast ein Recht auf deine eigene Meinung, aber nicht auf deine eigenen Fakten."

Die persönliche oder kollektive Meinungsbildung der Impfgegner:innen z.B. beruht auf persönlichen Erlebnissen der Teilnehmer:innen und deren höchst eigener Wahrnehmung der Geschehnisse mit der Pandemie. Anschaulich wird der Wahrnehmungsfiter in der Botschaft von „Dennis“ auf facebook vom 27.12.2021.

Dabei ist der Auslöser für diese Prozesse der Feindbildung relativ beliebig, wie in der Pandemie die Einschränkung der Bewegungsfreiheit. Heute ist es die Pandemie. In den 1850er Jahren war es das Wahlrecht, in den 1920er Jahren Arbeitslosigkeit, Inflation und der verlorene Weltkrieg. Katalysator ist allemal die Wahrnehmungsverdichtung auf Freund und Feind der empfundenen Unterdrückung. Grundlage ist die persönliche gleichzeitige Betroffenheit vieler. Die Kommunikation mit Gleichgesinnten bei den „Spaziergängen“ bestärkt diesen Prozess. Die Gemeinschaft wird verinnerlicht und macht bereit zur Tat. „Wir“ leisten Widerstand, wenn „die anderen“ uns ihre Fakten, bzw. Handlungsgründe aufzwingen wollen. Führen diese Wahrnehmungen zu persönlichem oder kollektivem Widerstand und schlägt dieser in körperliche Gewalt um, so haben wir ein polizeiliches Problem.

Wie in 10 Schritten aus Lüge Wahrheit wird

www.robertreich.org.2017

1. Trump lügt.
2. Experten widersprechen ihm. Sie sagen, das Ziel sei falsch und die Handlungsgrundlage gäbe es nicht. Die Medien berichten das.
3. Trump putzt die Experten herunter und erklärt, die Medien seien unehrlich
4. Trump wiederholt die Lüge und erklärt in Tweets usw. Viele seien mit ihm einer Meinung
5. Die führenden Medien beginnen die Lüge als eine diskutierte Tatsache darzustellen
6. Trump wiederholt die Lüge in Tweets, Reden und Interviews
7. Die Mainstreet Medien berichten über die Lüge als einer "Kontroverse"
8. Meinungsumfragen zeigen, dass eine wachsende Zahl von Befragten, darunter viele Republikaner, der Lüge glauben
9. Die Medien beginnen Trumps Lüge als Forderung eines Teils der Parteien darzustellen, der viele Menschen zustimmen
10. Die Öffentlichkeit ist verwirrt und desorientiert darüber, was denn nun die Wahrheit ist. Trump gewinnt.

Lügenwandler

b) Vom Wort zur Tat

Was spricht für den Umschlag von Spaziergängen in gewalttätigen Widerstand? In den USA kann man diesen anschwellenden Bocksgesang vom Wort zur Tat, am Beispiel der Ereignisse von der Wahl Trumps bis zum 6. Januar 2021, der Stürmung des Kapitols, verfolgen. Die Übergang von Leichtgläubigkeit bei den Teilnehmer:innen in Bezug auf alternative Fakten zu Zynismus der diese Demonstrationen organisierenden Netzwerker:innen mit Fake News ist dort offensichtlich. Der oben auszugsweise zitierte Artikel der NYT vom 5.1.2022 enthält eine zutreffende Analyse anhand der großen Zahl von Beispielen aus der neueren Zeit des Trumpismus.

Um auf Hanna Ahrendts Unterscheidung vom Leichtgläubigen und vom Zyniker zurückzukommen: Was beabsichtigen die Zyniker? Die Zyniker:innen sind in der Regel die Organisator:innen. Sie wollen um jeden Preis anführen und brauchen die Stimmen einer Vielzahl. So switcht die Führung der AfD um, nachdem das Thema Migration (seit 2015) von dem akuten Thema Pandemie (2020) verdrängt worden ist. Dort trifft sie sich übrigens mit der FDP, deren Ideologie sich proaktiv gewendet hat, zumal sich der Freiheitsbegriff als Instrument (Wortmaschine) bei den Bundestagswahlen als außerordentlich attraktiv erwiesen hat, besonders auch für jugendliche Wähler.

Die Leichtgläubigen wiederum werden von den gut ausgebildeten oder angelernten Organisator:innen als Mittel zum Zweck missbraucht. Dem genannten „facebook-Dennis“ fehlt - wenn man ihm aufmerksam zuhört - offenbar die Orientierung. Wohin mit seiner Wut? Da kommen die Weidels und Lindners mit ihrem „Libertatismus“, wie das Arendt nennt, gerade recht. Wobei für „Dennis“ wahrscheinlich vom Phänotyp her die Programmatik der Weidels attraktiver ist als die der Lindners und Buschmanns mit ihrem elitären ökonomischen Ordoliberalismus.

4.Kapitel: Zurück zur Normalität ?

Der Ursprung von Wut, Hass und Gewalt liegt in der Differenz von arm und reich. Daraus wird Freund und Feind. Werde ich angegriffen, darf ich - wenn mein Leben unmittelbar bedroht ist - die Angreifer:in töten. Notwehr.

a)Das Zeitalter der Katastrophen

Der erste verfassungsrechtliche 130 Jahre andauernde Angriff (1848-1918) der besitzenden Klasse auf die Besitzlosen war die Verweigerung des (gleichen) Wahlrechts, d.h. der Chance von 90% des Volkes auf gleiche Teilhabe mit den 10% an der Bestimmung ihrer höchstpersönlichen und der öffentlichen Angelegenheiten. Nur die Herrschenden bestimmten über persönlichstes Wohl und Wehe (Frauenrechte, Abtreibung, LGBT, Aufstiegschancen usw.), über Eigentum und Arbeit, über Krieg und Frieden. Es gab keine Chance auf Widerstand. Weder in den Fürstentümern, auch nicht in den drei Stadtrepubliken. Dort herrschte das Patriziat. Es gab nur den Aufstand, die Revolution. Der Rebell oder die Rebellin wurde im Zweifel erschossen.

Der zweite Angriff war und ist der umfassende verfassungsrechtliche Schutz der jeweiligen Vermögensverteilung.³³ Armut und Reichtum sind rechtlich zementiert. Nicht aber ihre Dynamik und erst recht nicht ihre Expansion in die Kultur. Die geistige Hegemonie ist käuflich und sie diszipliniert.³⁴ Mit der Produktion der die Kultur bestimmenden Wortmaschinen wird das Gedankliche System (die Wahrnehmung) gesteuert.³⁵

Nur wer sich in dem engmaschigen Netzwerk des Reichtums bewährt, erhält eine Chance auf wirtschaftliche und politische Selbstbestimmung. Dieser Angriff dauert an. In Deutschland haben 10 Prozent des Volkes 90% in der Hand.³⁶ Beide Vorgänge fielen bis zur Revolution am 9. November 1918 zusammen. Aus diesem Klassengegensatz erwachsen zu guten Teilen der Erste und Zweite Weltkrieg und ihre Vorgängerkriege im 19.Jahrhundert. Eine geschlossene internationale Arbeiterbewegung, die vielleicht Abhilfe hätte bieten können, scheiterte im August 1914 an der Zustimmung der SPD-Fraktion im Reichstag zu den Kriegskrediten (4.August 1914). Die französischen Sozialisten stimmten daraufhin der Kriegserklärung Frankreichs an Österreich-Ungarn zu (13.August 1914). Aus.

Das 20. Jahrhundert nannte Eric Hobsbawm zu Recht das Zeitalter der Katastrophen. Die Katastrophen der Weltkriege waren, blickt man auf diese tieferliegenden Ursachen, Ausbrüche des in den beiden vorangegangenen Jahrhunderten unterdrückten Widerstandes gegen ungerechte Besitzverhältnisse und das Klassenwahlrecht. Norbert Elias beschreibt diese über Generationen laufenden langen Zyklen der Unterdrückung, die es braucht, um moralische Sperren zu überwinden. Die Gewaltausbrüche der RAF in den 1970er Jahren führt er unter anderem auf einen langen Doppellinderprozess aus Hass und Gewalt zurück.³⁷

Wenn wir heute erschreckt fragen, wie ein Hassausbruch heute, 2021/2022, möglich ist, und warum wir empört auf die Selbstbezeichnung der rd.180.000 „Spaziergänger“ als „Widerstandskämpfer:innen“ reagieren, haben wir zweierlei vergessen. Erstens, dass kollektive Wut, Hass und Gewalt nichts mit aktuellen Auslösern

zu tun haben müssen. Ähnlich dem Ehestreit, der plötzlich - aus nichtigem Anlass begonnen - im Schlag mit der Bratpfanne endet oder mit der Tötung des anderen. Der letzte Wassertropfen, der zuviel war.

Zweitens übersehen wir, dass mit dem uns willkürlich erscheinenden Austausch der Ereignissebenen Corona-Pandemie 2021/ Naziterror 1933 bei den Demonstrierenden offensichtlich ein Austausch des Wahrnehmungsfilters sichtbar wird. Dieser Filterwechsel ist in gewissem Sinn mit den Bewusstseinsvorgängen der Weimarer Spätzeit vergleichbar. Wer seinerzeit die Juden als Ursachen des Endes vom Traum der Weltmacht Deutschlands im Kopf hatte, und damit auch den Grund für sein höchstpersönliches Missgeschick, war zur Gewalt bereit, Notwehr. Juristen würden sagen, Putativnotwehr.

Der Bildertausch. Nicht zu vergessen: Es brauchte vor rd. 100 Jahren bekanntlich nur 14 Jahre der Vorbereitung (1919-1933) und 12 Jahre der Diktatur (1933-1945), um das Land unserer Eltern und/oder Großeltern in ein Land der 2000 Konzentrationslager und nach Polen ausgelagerten Tötungsanlagen zu verwandeln.³⁸ Und: Die nachkriegsgeborenen Spaziergänger erfahren vielleicht heute in ihren Umzügen zum ersten Mal für eine kollektive Entscheidung öffentliche Wahrnehmung und die Erfüllung eines kollektiven Traums. Ähnlich dem Tagtraum Don Quijotes, der sich nach den nächtlich genossenen Ritterromanen selbst in einen Ritter verwandelte und auf der Rosinante mit seinem Knappen Sancho Panza gegen die für Feinde gehaltenen Windmühlen anritt.

Das war 1605.

b) Die unterlassene Entnazifizierung

Die These von der Kontinuität der Folgen gesellschaftlicher Unterdrückung durch Wahlrechtsverweigerung und Vermögenskonzentration mag man zurückweisen mit dem Einwand, dazwischen liege die Barriere der Entnazifizierung, die 70 jährige Geschichte der Bundesrepublik. Es habe in der Nachkriegszeit eine gründliche, beispiellose Aufarbeitung der zurückliegenden 12 Jahre des Nationalsozialismus gegeben. Ein von allen anerkannter Bruch mit der Vergangenheit.

Die geistige Kontinuität des Barbarentums folgt indes nicht den Umerziehungsprogrammen, sondern der Kontinuität von Personen. In diesem Sinn gab es jedoch zu keinem Zeitpunkt eine Entnazifizierung als geschichtlicher Barriere, sondern eine - heute erst - nach und nach entdeckte erschreckende Kontinuität vom Nationalsozialismus über die Nachkriegszeit in die Gegenwart. Das gilt für Wirtschaft, Kultur, Staat, Kirchen und die Gesellschaft insgesamt.³⁹

Die Ursachen von Hass und Gewalt sind auch bei der Gründung der Bundesrepublik nicht beseitigt worden. Rosa Luxemburg hat am Ende recht. Das Elend der Besitzlosen setzt sich ohne Neuvermessung des Vermögens fort. Die schrille Ungerechtigkeit der Vermögensverteilung ist heute zwar erkannt aber nicht bearbeitet. Es bleibt dabei: Das Vermögen bestimmt den Gang der Dinge, seine giftige Geschichte mag verdrängt werden. Die arisierten Gegenstände, der Teppich, das Klavier, das Besteck, die Häuser und Grundstücke erinnern indes an die Herkunft. Ähnlich wie die Bilder in früherem jüdischem Besitz, die kolonialen Kultgegenstände, das geraubte Land. Die in den 2000er Jahren endlich groß geschriebene Herkunftsforschung (Provenienzenforschung) ist nur ein (gutes) Zeichen für das gebotene allgegenwärtige Erwachen. Es gab keinen Bruch mit der Vergangenheit, keine Entnazifizierung in Deutschland.

c) Die verpasste dritte Chance

Die dritte Chance einer Korrektur der Folgen ungerechter Vermögensspreizung lag rd. 40 Jahre nach Kriegsende in der Deutschen Revolution vom 9.11.1989. Jetzt hätte der unheilvolle und inzwischen tiefe kulturelle Riss zwischen gleichzeitig wachsender Armut und wachsendem Reichtum geschlossen werden können. In einer offenen Verfassungsdebatte über faire Lebensbedingungen bei der Wiedervereinigung. Die erste öffentliche Debatte und Volksabstimmung über unsere gesamtdeutsche Verfassung nach 1945.

Stattdessen kam es zum Beitritt der DDR. Eine abstruse Irreführung angesichts des gewünschten schönen gesamtdeutschen Bildes von gleichberechtigter Partnerschaft: Es ging vor 40 Jahren nicht um Gleichbehandlung und Partnerschaft, sondern um Unterwerfung. In Wahrheit ist bei der „Wiedervereinigung“ beider Staaten nichts anderes herausgekommen als die westdeutsche Kolonisierung der DDR, ein geschicktes „Schnäppchen namens DDR“, wie das Günter Grass zutreffend nennt.⁴⁰



Deutsche Revolution 9.November 1989

Rosemarie Will hat diesen Vorgang im einzelnen nachvollzogen. Ihr Skript „Die deutsche Wiedervereinigung als Kolonisierungsakt?“⁴¹ gehört - wenn es so etwas gäbe - in die Gründungsakte unseres 1990 praktisch neu gegründeten Staates. Die westdeutsche Verfassung samt den damit verbundenen abertausend westdeutschen Gesetzen wurde der DDR übergestülpt. Basta. Eine grandiose Ungerechtigkeit am ostdeutschen Volk, die mit der Gründung der „Treuhand“ allerdings noch getoppt wurde: die Filettierung der ostdeutschen Wirtschaft. „Statt des Sozialstaates erhielten wir den Rechtsstaat“.

Dieses dritte Unterlassen, nämlich die gesamtdeutsche (innerdeutsche) Machtfrage zu stellen, die - wie wir wissen - mit der ungerechten Vermögensverteilung seit 1871 eng verbunden ist, öffnet die alte schwelende

Wunde von Wut, Hass und Gewalt. Der gesellschaftspolitische Sumpf ungerechter Vermögensverteilung treibt seine giftigen kulturellen Blüten.

Er wird nach den Plänen der 2021er Regierung nicht trockengelegt. Denn im Koalitionsvertrag steht von gerechter Vermögensverteilung nichts. Gar nichts. Das Kapitalverwertungsinteresse ist zwar durch verfassungsfeste Grund- und Menschenrechte seit 1949 und gewerkschaftliche Gegenmacht eingeschränkt. Das größte Vermögen eines einzelnen in Deutschland - daran sei abschließend erinnert - beträgt 37.000.000.000 €. In Metern gemessen: 3,7 km zu 3,9 mm.

Weil der Machtanspruch des Privatkapitals, d.h. der Vermögenselite von 10%, die 65% des Volksvermögens beherrscht, nirgendwo in Frage gestellt wird, hängen auch die gut gemeinten programmatischen Aussagen der neuen Regierung im Koalitionspapier in der Luft. Denn der Satz bleibt wirksam: nur wer bezahlt, schafft an. Die Übersetzung der realen Verhältnisse wirtschaftlicher und kultureller Dominanz in das Geschwurbel des Politiker-Sprechens haben auf wunderbare Weise schon Karl Marx und Friedrich Engels entlarvt, als sie 1848 beschrieben haben, wie die Botschaften der Realität der französischen Revolution in das Idealistengewäch der deutschen Philosophie übersetzt worden ist:



Vermögensspreizung 37 000.000.000 € :
38.000 €

„So hat für die deutschen Philosophen des 18. Jahrhunderts die Forderungen der ersten französischen Revolution nur den Sinn, Forderungen der "praktischen Vernunft" im allgemeinen zu sein, und die Willensäußerungen der französischen Bourgeoisie bedeuteten in ihren Augen die Gesetze des reinen Willens, des Willens, wie er sein muss, des wahrhaft menschlichen Willens. Die ausschließliche Arbeit der deutschen Literaten bestand darin, die neuen französischen Ideen mit ihrem alten philosophischen Gewissen in Einklang zu setzen oder vielmehr von ihrem philosophischen Standpunkte aus die französischen Ideen sich anzueignen. Diese Aneignung geschah in derselben Weise, wodurch man sich überhaupt eine fremde Sache aneignet, durch die Übersetzung“.⁴²

Endnoten

¹ 1847 Versammlung im Gasthaus Salmen in Offenburg, https://de.wikipedia.org/wiki/Badische_Revolution, abgerufen 13.1.2022

³ https://www.offenburg.de/media/download/variant/16106/13_Forderungen_des_Volkes.pdf

⁴ https://de.wikipedia.org/wiki/Bund_der_Kommunisten, abgerufen 13.1.2022

⁵ Manifest der Kommunistische Partei. <https://www.kommunisten.de/service/downloads/marxistische-klassiker?download=33:karl-marx-friedrich-engels-manifest-der-kommunistischen-partei>

⁶ Zum Begriff „Arbeiter“: Für Adam Smith (1723-1790) bestand jede moderne Gesellschaft aus drei verschiedenen sozialen Klassen (*englisch three great orders*), nämlich der **Grundbesitzer** (Erwerbsquelle: **Bo-denrente**), **Kapitalisten** (**Gewinn**) und Arbeiter (**Lohn**). Das **Allgemeine Preußische Landrecht** (ALR) vom Juni 1794 bestimmte, dass die Fabrikarbeiter nicht die gleichen Rechte der **Gesellen** haben (II 8, § 419 ALR). <https://de.m.wikipedia.org/wiki/Arbeiter>, abgerufen 13.1.2022;

⁷ Manifest, S.11

⁸ Ernst Rudolf Huber, Dokumente zur deutschen Verfassungsgeschichte, Band 3, Stuttgart 1966, S.26

⁹ <https://de.m.wikipedia.org/wiki/Reichspr%C3%A4sident>, abgerufen 17.1.2022; der Staatsgerichtshof bezeichnete sich 1927 selbst als „Hüter der Verfassung“, was aber faktisch nicht der Fall war. Er war durch einfaches Gesetz einberufen und endete 1933

¹⁰ Piper, Ernst, Alfred Rosenberg Hitlers Chefideologe, München 2015, S.161

¹¹ und der damit verbundenen Unterdrückung der Selbstbestimmung des Volkes

¹² <https://bit.ly/3GjFjYI>; Miriam Rehm, Matthias Schnetzer, Vermögenskonzentration und Macht Der blinde Fleck der Mainstream-Ökonomie, Kurswechsel 2/2015: 69-79 , <https://bit.ly/3Fx2vBF>

¹³ Ferdinand Lasalle, Über Verfassungswesen, 1862, <https://bit.ly/3GISG4Q>; die Nichtregelung ist eine Regelung zugunsten der unbegrenzten Kapitalakkumulation

¹⁴ Moewes, 14.1.2020, FR, <https://www.fr.de/wirtschaft/gastwirtschaft/galaktisch-reich-13440210.html>

¹⁵ deshalb werden soziale Unterschiede nach 1789 immer mit dem „ökonomischen Wohls des Volkes“ begründet

¹⁶ Diese textliche Fassung ist gegenüber der 1789er Fassung missbrauchsfeher

¹⁷ Nach Marx und Engels besaßen zu ihrer Zeit übrigens die obersten 10% 90% des Volksvermögens, Manifest, S.11

¹⁸ https://www.spd.de/fileadmin/Dokumente/Koalitionsvertrag/Koalitionsvertrag_2021-2025.pdf

¹⁹ Beard, Charles A., Eine ökonomische Interpretation der amerikanischen Verfassung, Frankfurt a.Main 1974 (1.Auflage 1913)

²⁰ Smith, J.Allen, The spirit of American Government (1907), Mass. 1965, S.299, zit nach Beard, S.11

²¹ neben Hamilton und Jay; 1790 hatten die USA 3.929.326 Einwohner, davon 697.681 Sklaven.

²² Beard, S.213,214; vgl. dazu Greiner, Bernd, Weissglut, Die inneren Kriege der USA. Eine Geschichte von 1900 bis heute, München 1925, u.a.S.70; https://www.spiegel.de/ausland/philadelphia-richter-in-ordnet-wieder-aufbau-von-sklaverei-ausstellung-an-a-8edd5fa4-4d4a-4a0f-9c1f-3250d7f4ab83?sara_ref=re-so-app-sh

²³ https://de.m.wikipedia.org/wiki/Citizens_United_v._Federal_Election_Commission, abgerufen 13.1.2022

²⁴ <https://bit.ly/3fpisiP>

²⁵ https://de.wikipedia.org/wiki/Political_Action_Committee, abgerufen 13.1.2022

²⁶ Wie das Kapital in den USA arbeitet stellt der Film dar: The Laundromat (2019) | OFFICIAL TRAILER<https://youtu.be/BYUI5VYeYSk>

²⁷ Es gab keine Frauen in dem Gremium

²⁸ Rügemer, Werner, Verhängnisvolle Freundschaft, Wie die USA Europa eroberten, Köln 2023

²⁹ Syberberg, Hans Jürgen, Winifred Wagner und die Geschichte des Hauses Wahnfried 1914-1975, Berlin 2006, <https://www.imdb.com/review/rw6228445/>

³⁰ Falk Richter, FR. 4.12.2021, S.33; <https://www.sueddeutsche.de/kultur/documenta-werner-haftmann-1.5330016>

³¹ vgl. Dossier Grundgesetz und Parlamentarischer Rat, Bundeszentrale für politische Bildung, 11.1.2022; von den 65 Mitgliedern waren 4 Frauen.

³² https://www.spd.de/fileadmin/Dokumente/Koalitionsvertrag/Koalitionsvertrag_2021-2025.pdf

³³ Gewaltige Ungleichheit, Oxfam Bericht 2022, https://www.oxfam.de/system/files/documents/oxfam_-_factsheet_gewaltige_ungleichheit.pdf

³⁴ Pierre Bourdieu, Über den Staat, e-Book, Berlin 2014; Michel Foucault, https://de.m.wikipedia.org/wiki/Michel_Foucault, abgerufen 17.1.2022

³⁵ MB, Lübecker Lügengeschichten, S.127, https://michaelbouteiller.de/?page_id=3258,

³⁶ <https://www.boeckler.de/de/boeckler-impuls-wie-sind-die-vermoegen-in-deutschland-verteilt-3579.htm>

³⁷ Elias, Norbert in: J.Matthes (Hrsg.), Lebenswelt und soziale Probleme. Verhandlungen des 20. Deutschen Soziologentages zu Bremen 1980, S.98-122, <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ss0ar-135461>)

³⁸ https://de.m.wikipedia.org/wiki/Liste_der_Konzentrationslager_des_Deutschen_Reichs, abgerufen 16.1.2022; Timothy Snyder, Bloodlands, Europa zwischen Hitler und Stalin, München 2015, S.285 f.

³⁹ Falk Richter, FR. 4.12.2021, S.33; <https://www.sueddeutsche.de/kultur/documenta-werner-haftmann-1.5330016>

⁴⁰ <https://bit.ly/3GAm0dM>

⁴¹ Rosemarie Will, Die Deutsche Wiedervereinigung als Kolonisierungsakt?, https://michaelbouteiller.de/wp-content/uploads/2021/07/R.Will_-_Kolonisierung.pdf

⁴² Manifest, S.11